

URL: http://www.fr-aktuell.de/in_und_ausland/wirtschaft/aktuell/?em_cnt=990724

Rhiel spricht von Angstkampagne Massive Kritik an Vattenfall

Die Drohung des Stromkonzerns Vattenfall, bei staatlichen Eingriffen in das Strom- geschäft die Investitionen in Deutschland zu stoppen, ist auf Kritik gestoßen.

Berlin / Wiesbaden - Hessens Wirtschaftsminister Alois Rhiel (CDU) warnte den Konzern vor einer "Angstkampagne". Er reagierte damit auf Vattenfall-Chef Klaus Rauscher, der in einem *FR*-Interview erklärt hatte, sein Unternehmen können auch "anderswo" als in Deutschland investieren, falls der Staat "dirigistisch" in den Strommarkt eingreifen wolle. Rhiel betonte dagegen, Investitionen in neue Kraftwerke blieben in Deutschland auch dann für Betreiber lukrativ, wenn die erwarteten Gewinne nicht mehr überhöht, sondern "mit Gewinnmargen aus Märkten mit Wettbewerb vergleichbar" seien. Rhiel bekräftigte seine Absicht, Energiekonzerne notfalls zum Verkauf von Kraftwerken zu zwingen, um einen funktionierenden Wettbewerb zu ermöglichen.

Auch das Bundeswirtschaftsministerium ging auf Distanz zur Ansage des Vattenfall- Chefs. Minister Michael Glos (CSU) habe mehrfach deutlich gemacht, er gehe davon aus, dass die Stromkonzernen zugesagte Investitionen auch verwirklichten, hieß es.

SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber nannte die Drohung des Vattenfall-Chefs "einen Griff in die politische Mottenkiste". Der Konzern habe offenbar Angst vor mehr Wettbewerb am Strommarkt. "Wenn Herr Rauscher dann nicht mehr in Deutschland investieren will, dann stehen genug andere Gewähr bei Fuß, die gern investieren würden bei fairen Marktbedingungen", sagte Kelber der *FR*. In den Bilanzen des schwedischen Vattenfall-Mutterkonzerns werde sogar eigens auf die sehr hohen Gewinne aus dem deutschen Stromverkauf hingewiesen. Das werde die deutsche Energiepolitik "im Interesse der Verbraucher nicht mehr hinnehmen" kündigte der SPD-Politiker an.

Die Grünen forderten die Bundesregierung zum "Widerstand gegen die Drohungen" von Vattenfall-Chef Rauscher auf. Hessens Grünen-Vorsitzender Matthias Berninger sprach von einem inakzeptablen "Versuch der vier Energiemonopolisten, ihre Marktstellung zur Erpressung" der Politik zu missbrauchen. Es sei "an der Zeit, im Strombereich das Primat der Politik durchzusetzen". Bärbel Höhn, die Bundestagsfraktion-Vize der Grünen, kritisierte die Drohung des Konzernchefs als "schlechten Scherz". *vgo / pit*

[document info]
Copyright © FR online 2006
Dokument erstellt am 16.10.2006 um 17:32:15 Uhr
Letzte Änderung am 16.10.2006 um 20:13:18 Uhr
Erscheinungsdatum 17.10.2006